

Wahlprüfstein der IG Gegen Rasselisten e. V.

Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

***Bestehen Ihrerseits Bestrebungen, das bestehende Landeshundegesetz in Sachsen-Anhalt erneut zu evaluieren, und die Rasseliste zugunsten der Einführung einer Sachkunde (Hundeführerschein) für ALLE Hundehalter abzuschaffen?
Oder ist das Hundegesetz in Ihrem Wahlprogramm gar kein Thema?***

Im Landeswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird das Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren nicht thematisiert.

Dennoch hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt seit jeher immense Kritik am Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren geübt und mittels Änderungsanträgen versucht, im Gesetzgebungsprozess den jeweils vorliegenden Gesetzentwurf zu ändern.

Auch die letzte Novellierung des Gesetzes zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren, die am 14.10.2015 im Parlament beschlossen wurde und ab 01.03.2016 in Kraft treten soll, haben wir abgelehnt.

Eine der Hauptgründe für unser Ablehnungsverhalten bestand und besteht in den Regelungen zur Rasseliste in § 3 des Gesetzes.

Aus Sicht der LINKEN. Sachsen-Anhalt sind Rasselisten absolut nicht zielführend.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt lehnt deshalb eine Rasseliste, auf deren Grundlage die Gefährlichkeit eines Hundes als gegeben und gesetzt gilt, prinzipiell ab. Denn die dort aufgeführten Hunde werden mittels einer Rasseliste automatisch unter Generalverdacht gestellt.

Es gibt jedoch letztendlich keine gefährlichen Hunderassen, sondern nur gefährliche Zuchtlinien und eine gefährliche Erziehung des Hundes. Die Gefährlichkeit eines Hundes resultiert damit ausschließlich aus Fehlern in der Aufzucht, einer schlechten Haltung oder Abrichtung des Tieres. Dem muss man auch gesetzlich Rechnung tragen.

Das Feststellungsverfahren für im Einzelfall gefährliche Hunde gehört ebenfalls auf den Prüfstand. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage können die Ordnungsämter einen Hund für gefährlich erklären, ohne die Umstände des Beißenfalls näher zu prüfen. Das muss geändert werden, konkrete Prüfungskriterien hinsichtlich der Ursachen, Umstände und Begleiterscheinungen sind aufzustellen und folgerichtig anzuwenden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich folglich auch in der nächsten Wahlperiode dafür einsetzen, dass das Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren unverzüglich nachgebessert wird.

Im Mittelpunkt aller Regelungen muss dabei der/die verantwortungsvolle Hundebesitzer/in stehen. Die bestehende Rasseliste ist somit zugunsten der Einführung einer Sachkundeprüfung für grundsätzlich alle Hundebesitzer/in abzuschaffen.